
INHALT

Editorial	5
-----------------	---

Schwerpunkt

Beate Küpper, Luca Váradi: Polarisierung in Europa: Positionierungen für und gegen eine offene und vielfältige Gesellschaft	13
---	----

Polarisierung in Mittel- und Osteuropa – ein Blick in ausgewählte Länder	27
--	----

<i>Beate Küpper: Länderprofil Deutschland</i>	28
---	----

<i>Przemysław Witkowski: Länderprofil Polen</i>	40
---	----

<i>Bulcsú Hunyadi, György Tatár: Länderprofil Ungarn</i>	45
--	----

<i>Florina Neagu, Mihai Tatomir: Länderprofil Rumänien</i>	51
--	----

Verena Schäfer-Nerlich: EU-kritische Haltungen im Kontext der Europawahlen 2019: EU-skeptisch, EU-feindlich, demokratie-skeptisch oder anti-demokratisch?	57
---	----

Catherine Lourdes Dy, Max Mühlhäuser, Andrea Tundis: Alltägliches Erleben von Vorurteilen und Diskriminierung in Mittel- und Osteuropa: die Opferperspektive	73
--	----

Luca Váradi: „Wir wären froh, wenn es nichts mehr für uns zu tun gäbe“.....	94
---	----

Kata Bálint, Dominik Istrate, Bulcsú Hunyadi: FLPs an vorderster Front der Radikalisierungsprävention und -intervention: Erfahrungen, Schwierigkeiten und Bedürfnisse	113
---	-----

forum

Tina Dürr, Sophie Schmitt: Politische Bildung ist nicht neutral und keine „Extremismusprävention“ – Zentrale Aussagen des 16. Kinder- und Jugendberichts für die politische Bildung in Schule und die Mobile Beratung	130
---	-----

Hellinghausen Jan, Jantschek Ole, Wohnig Alexander: Professionsreflexion und Stärkung von Kooperationsbeziehungen zwischen Schule, Jugendsozialarbeit und außerschulischer politischer Bildung im Programm „Respekt Coaches“ 142

Marktplatz

Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität 158
„Filter ohne Blase“ 161
FED rex – Fortbildung zu Einstiegsprävention und Distanzierungsförderung 164
Demokratisch. Gemeinsam. Wachsen. – Eltern als Partner*innen der Demokratieförderung 166
Eine klimaneutrale und sozial gerechte Gesellschaft 168
SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen gegen Notstandspolitik (Österreich) 170

Buchbesprechungen

Oliver Decker, Elmar Brähler: Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität (von Hajo Funke) 173
Alexander Wohnig (Hg.): Politische Bildung als politisches Engagement (von Sophie Schmitt) 175
Tina Dürr, Reiner Becker (Hg.): NSU: Impulse zur Zusammenschau von Mechanismen, Problemfeldern und Handlungsansätze (von Michell W. Dittgen) 177

Autorinnen und Autoren 179

EDITORIAL

Die Polarisierung der Gesellschaft ist mittlerweile zu einem Schlagwort geworden, das in kaum einer politischen Analyse fehlt. Trump, der Brexit, Migration und die fast schon wieder in den Hintergrund gerückte Fluchtbewegung aus dem Süden nach Europa, auch Globalisierung und Klimawandel, und die seit nunmehr einem Jahr anhaltende Coronapandemie ... In all diesen Themenfeldern zeichnet sich tatsächlich eine ganz grundsätzliche Polarisierung der Positionierungen ab, die Zwischentöne überlagert. Und es ist bemerkenswert, wie deutlich die Positionen zu diesen Themen zusammenhängen – wer gegen Einwanderung ist und keine Geflüchteten aufnehmen möchte, befürwortet auch eher nationale Alleingänge und bezweifelt auch eher die Gefahren des Klimawandels usw. Die Positionierung zu diesen spezifischen Themen hängt dann auch mit der ganz grundsätzlichen Haltung und der Verfasstheit zu der folgenden Frage ab: In welcher Welt möchten wir leben – einer offenen, liberalen, vielfältigen oder einer national orientierten, zumindest vermeintlich homogenen und autoritären? Damit rückt die kritische Frage nach der Gleichwertigkeit aller ins Zentrum, wie sie für die Demokratie grundlegend ist, eng verknüpft mit der nach Pluralismus, nicht allein von Interessenslagen, sondern eben auch von Bevölkerungsgruppen, die sich in ihren Merkmalen, Zugehörigkeiten und Identitäten nun einmal unterscheiden.

Die Antwort auf diese Frage schlägt sich in der demokratischen oder antidemokratischen Grundhaltung, in Vorstellungen zum Umgang mit Minderheiten und der Präferenz für Parteien nieder. Im Alltag zeigt sie sich in Abwertung und Ausgrenzung all jener, die als irgendwie anders, unnormal, fremd oder ungleich wahrgenommen werden – weil sie aus einem anderen Land eingewandert sind, jüdisch, muslimisch oder schwarz sind, gleichgeschlechtlich lieben oder weiblich sind bzw. ihnen diese Merkmale von anderen zugeschrieben werden. Der Rechtspopulismus weiß das

und bedient daher zielsicher die Ungleichwertigkeit, bedient schlummernde Ressentiments, treibt Gefühle von Bedrohung voran, verknüpft diese Themen mit seiner Haltung „gegen das System“ und „gegen die Eliten“, gemeint ist hier die liberale und plurale Verfasstheit.

Sie sprechen damit auch all jene zwischen den Polen der Polarisierung an, die sich eben nicht ganz sicher sind, was sie zu all diesen Themen meinen sollen und wollen, die bisweilen doch auch die alten, überkommenen Ressentiments gegen „die Anderen“ teilen und sich vielleicht fragen, ob wir nicht doch zu weit gegangen sind auf dem Weg einer offenen Gesellschaft. Derweil demonstrieren andere unter dem Motto „Black Lives matter“ für Vielfalt und Gleichwertigkeit, pflegen eine rassismuskritische, postkoloniale Perspektive und legen einen hohen Maßstab an die richtigen Begrifflichkeiten und Sprache an, ohne zwangsläufig aber immer ihre eigenen Ressentiments ähnlich kritisch zu durchleuchten, dazu gehört ggf. auch der Antisemitismus.

Die Polarisierung entlang dieser Themen spaltet die westlich orientierten Gesellschaften quer über Ländergrenzen und Kontinente hinweg. Sie spaltet aber auch Europa je nach Mehrheitsmeinung und Regierungen. Insbesondere einige der noch jungen Demokratien und Mitglieder der Europäischen Union in Osteuropa, Länder des ehemaligen Ostblocks, fallen durch den laut geäußerten Anspruch nationaler Hegemonie auf (wobei mit dem Coronavirus, das in seiner Eigenschaft als Pandemie eigentlich abgestimmtes Handeln über Ländergrenzen hinweg erfordert, auch anderswo alte Nationalismen wieder hervorbrechen), mit Regierungen oder politischen Parteien, die die EU eher als reine Wirtschafts-, denn auch als Wertegemeinschaft präferieren und sich gegen die Vorstellung einer liberalen Demokratie und vielfältigen Gesellschaft wenden.

Die Visegrád-Staaten (Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei) votieren etwa geschlossen gegen verbindliche Quoten bei der Verteilung von Asylsuchenden in Europa und lehnen auch den UN-Migrationspakt ab. In allen vier Ländern sind konservativ-rechtspopulistische Parteien bzw. Figuren an der Regierung. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán propagiert öffentlich die Bewahrung einer „ethnischen Homogenität“, in Polen kämpft die regierende nationalkonservative PiS unter ihrem Vorsitzenden Jarosław Kaczyński für eine „polnische und christliche“ Identität und weigert sich, Muslime aufzunehmen. Polen und Ungarn sprechen sich für ein „Europa der Vaterländer“ aus und wollen den Einfluss der EU zurückdrängen, was

sich insbesondere bei der Ausformulierung der Demokratie offenbart. Gegen beide Länder hat die EU-Kommission aufgrund der rechtsstaatlichen Entwicklung Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. In diesen Ländern stehen auch Organisationen der Zivilgesellschaft unter Druck, die sich für eine offene Gesellschaft einsetzen.

Medien, die zu „liberal“ sind, werden die Sendelizenzen entzogen (wie etwa in Ungarn), Kulturangeboten, die zu wenig „national“ und zu selbstkritisch ausgerichtet sind, werden die Mittel gestrichen (u.a. in Polen), Kampagnen gegen LSBTQ*-Rechte geführt und Gay-Pride Demonstrationen (u.a. Umzüge am Christopher Street Day und Demonstrationen für gleiche Rechte und gegen Diskriminierung der LSBTQ*-Community) untersagt oder gar unter Duldung der Polizei von rechtsextremen Gruppierungen zusammengeschlagen, mit dem Ausstieg aus der internationalen Konvention zum Schutz von Frauen gegen häusliche Gewalt gedroht, Frauenhäusern wird die staatliche Unterstützung gekürzt (ebenfalls in Polen), die Aufnahme von Geflüchteten gleich ganz abgelehnt.

Unterfüttert, getragen und legitimiert wird all das von der Stimmungslage in der Bevölkerung, die mal mehr, mal weniger polarisiert ist, zwischen jenen, die weitergehen wollen auf dem Weg hin zu offenen und liberalen Gesellschaften, verbunden in einer Europäischen Union, die diese Werte befördert, und jenen, die nationale bis nationalistisch-völkische Rückbesinnung fordern bzw. bereits dabei sind, die Errungenschaften einer liberalen Demokratie wieder zurückzudrehen. Auch in Deutschland zeichnet sich die alte Spaltungslinie zwischen Ost und West in der Stimmungslage und den Wahlen ab. Im Osten Deutschlands sind mehr Menschen rechtspopulistisch eingestellt, vertreten häufiger eine illiberale Vorstellung von Demokratie und wählen häufiger eine Partei rechtsaußen wie die Alternative für Deutschland (AfD), zuvor auf kommunaler Ebene auch die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) (zur Übersicht u.a. Andreas Zick und Beate Küpper (im Erscheinen): *Zusammenwachsen in Feindseligkeit? Ein- und Ausblicke auf Ost-West-Differenzen und Einheiten in antidemokratischen Orientierungen*. In: Kowalczyk, I. -S. & H. Kulik (Hg.), *30 Jahre Einheit*. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung). Aus einer westdeutschen Perspektive mutet es allerdings auch etwas wohlfeil an, die antidemokratischen Zustände im Osten anzumahren. Denn auch im Westen Deutschlands wurde und wird sich der kritischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Institutionen und der eigenen Familie vielfach nicht oder nur

widerwillig gestellt, die aktuell auch dort schwelenden Ressentiments gegenüber diversen diskriminierten Gruppen nicht immer mit der notwendigen Klarheit benannt und angegangen.

Diese Polarisierung fordert die Praxis der Präventionsarbeit heraus, zudem verdecken die „großen Themen“ bisweilen den Blick auf die alltägliche Arbeit „on-the-ground“, die ganz im Sinne der vorliegenden Zeitschrift „für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit“ aktiv ist. Jenseits des Krisenmodus steht diese Praxis vor einer beständigen Aufgabe, auch wenn dies nicht immer so verstanden wird, sondern vieles „projekthaft“ abläuft. Umso wichtiger ist es, in der Praxis aktive Personen besser aufzustellen, die nicht immer und überall auf Infrastruktur und Erfahrung zurückgreifen können, auch wenn dies wichtig und wünschenswert ist. Dies gilt für viele Projekte oder auch nur einzelne Engagierte in West wie Ost. Die Vermittlung und Weitergabe von Wissen über Handlungsmöglichkeiten über Online-Zugänge gewinnt dabei zunehmend an Bedeutung und bietet zudem die Möglichkeit der eigenen Vernetzung.

Dabei sind die Herausforderungen in den osteuropäischen Ländern (und auch in Ostdeutschland) noch einmal ungleich höher als im Westen. Die Länder haben kaum längere Phasen einer funktionierenden Demokratie erlebt, sind nach der Auflösung des Ostblocks durch tiefgreifende Transformationen gegangen, die wirtschaftliche Lage ist deutlich schlechter. Viele Menschen kämpfen mit den Herausforderungen des Alltags, die dies mit sich bringt. Zugleich hat sich auch und mancherorts gerade in den osteuropäischen Ländern in den vergangenen Jahren eine junge, sehr moderne und kosmopolitische Zivilgesellschaft entwickelt, die Vorstellungen und Anspruch der westlichen Welt einer offenen Gesellschaft und liberalen Demokratie hochhält und mit viel Energie und Mut verfolgt. Sie steht dabei vor deutlich höheren Barrieren und unter persönlichen Bedrohungen als in den etablierten Demokratien und mindestens auch im Vergleich zum Westen Deutschlands. Was im Westen Mainstream ist – zumindest was offizielle Verlautbarungen und Sonntagsreden betrifft, aber auch auf viel breitere Unterstützung in der Bevölkerung stößt – ist in vielen osteuropäischen Ländern Provokation. So kämpft eine kleine Schar Engagierter gegen die Stimmungslage in der Mehrheit, muss sich gegen den Vorwurf von fehlendem Nationalstolz und Verwestlichung selbst von Regierungsseite aus wehren und sieht sich immer mehr Beschränkungen ausgesetzt.

Die Europäische Union befördert vor diesem Hintergrund kontinuierlich Anstrengungen für die Weiterentwicklung und Sicherung der demokratischen Grundwerte. Mit der Deklaration von Amsterdam für gleiche Chancen und gegen Diskriminierung aus dem Jahr 1997 hat sie sich zu dem Ziel des Abbaus von Ungleichwertigkeit entlang der klassischen Differenzdimensionen Gender, sexuelle Orientierung/Identität, ethnische Herkunft/Identität, Religion oder Weltanschauung, Behinderung und Alter bekannt.¹ Dazu gehört auch die Beförderung der Professionalisierung von Akteur:innen im lokalen Raum und darüber hinaus (Kommunen, Nichtregierungsorganisationen usw.) durch den Austausch von Informationen, bewährten Handlungsansätzen und der Schaffung europäischer Netzwerke der Prävention und Intervention gegen Diskriminierung und Radikalisierung. Bitter ist die Feststellung, dass Rechtsextreme europaweit (und bisweilen auch weltweit, dies belegen die Bezüge des rechtsterroristischen Attentäters von Christchurch zur Identitären Bewegung nach Österreich) deutlich besser vernetzt sind.

Die vorliegende Ausgabe der *Zeitschrift für Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit* will in ihrem Schwerpunkt all jene in den Vordergrund rücken, die „on-the-ground“ in der Praxis für eine offene, liberale und vielfältige Gesellschaft in ihren Ländern und in der EU kämpfen. Der Schwerpunkt zu „Polarisierung, Radikalisierung und Diskriminierung in Europa“ der Ausgabe fokussiert im Besonderen die Situation in Mittel- und Osteuropa der Praxis von Prävention und Intervention im Feld von Demokratiebildung, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Es kommen diejenigen zu Wort, die als Akteure zivilgesellschaftlicher Organisation mit scharfem und geschulten Blick von der Lage in ihren Ländern berichten können, jene, die in Kommunen, Schulen und außerschulischer Bildung als „Kämpfer an der vordersten Front“ (First-Line-Practitioners, kurz FLPs, z. B. Lehrkräfte, Sozialarbeiter:innen, NGOs, Polizei) tagtäglich in Regelstrukturen, in Schulungen und Workshops sowie der Beratung über vertiefte Einblicke und Erfahrungen über die Herausforderungen, Barrieren und Lösungsversuche verfügen.

Die Beiträge sind (mit Ausnahme des ersten) im Rahmen eines derzeit noch bis Mitte 2021 laufende EU-Projekts entstanden [Projekt CHAMPIONS – Cooperative & Harmonized Action Model to stop Polarisation in Our

1 https://www.europarl.europa.eu/workingpapers/libe/102/default_en.htm [Aufruf 7.1.2021]

Nations (01.03.2019 – 30.06.2021), gefördert im Rahmen der EU Security Line (Internal Security Fund – Police; Themenfeld Preventing and countering violent radicalization; Reference 823705, ISFP-2017-AG-RAD). Beteiligt sind daran Partnerinstitutionen aus insgesamt fünf Ländern (Deutschland, Österreich, Polen, Ungarn und Rumänien) unter der Koordination von PATRIR [Peace Action, Training & Research Institute of Romania]; die meisten Autor:innen des Schwerpunkts waren in das Projekt eingebunden. Ziel des Projekts CHAMPIONS ist die Unterstützung von Vernetzungen der oben genannten FLPs in Kommunen offline und online sowie die Bereitstellung von Konzepten für diese Vernetzung (z.B. Handreichungen, wie man Runde Tische im lokalen Raum zu diesem Thema initiieren und gestalten kann) sowie von Trainingsmaterial, das insbesondere FLPs, die vorher noch wenig mit dem Thema zu tun hatten oder sich noch nicht intensiv damit beschäftigt haben, Hilfestellungen bieten soll. Dazu gehört etwa die Lehrerin, die sich mit rassistischen Vorfällen in der Klasse konfrontiert sieht, oder der Sozialarbeiter, der erstmalig ein Projekt gegen Rassismus initiieren will. Die Zusammenstellung von bereits vorhandenem bzw. auch neu entwickeltem Material kann z.B. auch für eigene Workshops verwendet werden [frei verfügbar online unter <https://www.firstlinepractitioners.com/de/>]. Die Vernetzung innerhalb Europas kann und soll zudem dazu beitragen, Zugänge, Lösungsmöglichkeiten für diverse Hindernisse und interessante Ansätze bei der Prävention auszutauschen.

Gerade für die in Osteuropa engagierten FLPs kann eine solche Vernetzung nicht zuletzt auch wertvolle Bestärkung ihrer Arbeit sein, für die sie vor Ort leider nicht immer die notwendige Unterstützung finden. Daher wird der Schwerpunkt dieser Ausgabe auch als Auszug in englischer Sprache online und frei verfügbar publiziert.

Persönlich ist uns das oben genannte Projekt und damit verbunden dieser Schwerpunkt zu Mittel- und Osteuropa ein großes Anliegen. Die gemeinsame Arbeit über Ländergrenzen hinweg in einem gemischten Team hat uns immer wieder auch selbst die Augen dafür geöffnet, was in unseren Ländern gut, was schlecht läuft, Ideen gegeben, was sich wie verbessern ließe. Aus westeuropäischer Sicht haben wir vor allem Hochachtung und Demut vor der Arbeit der Kolleg:innen gelernt, die unter deutlich schlechteren Bedingungen leben und arbeiten müssen. Aus osteuropäischer Sicht hat auch eine gewisse Beschämung, Trauer und manchmal auch Verzweiflung die Arbeit begleitet. Als Dozentin an der Central European

University musste Luca Váradi im vergangenen Jahr unmittelbar erleben, wie eine hochrenommierte Institution zum Umzug von Budapest nach Wien gezwungen war, weil sie als Repräsentantin einer liberalen und kosmopolitischen Werthaltung dem Feuer der Rechtspopulisten nicht mehr standhalten konnte, und Váradi das Unterrichten verboten wurde. Sie betont: „Als Vorurteilsforscherin hatte ich nie gedacht, dass ich politische Hetze und die Erzeugung von Hassbildern in der Mitte von Europa hautnah erleben werde. Auch wenn die Universität das Land verlassen musste, unsere Arbeit für eine offene Gesellschaft hört damit nicht auf.“

Die *Beiträge im Schwerpunkt zu dieser Ausgabe zur „Polarisierung, Radikalisierung und Diskriminierung in Europa“* beginnen mit einer Übersicht von Verena Schäfer-Nerlich über die Parteienlandschaft in Europa.

Beate Küpper und Luca Váradi liefern neben einer kurzen Einleitung und Einordnung in die Phänomene und Begrifflichkeiten rund um die Thematik eine Übersicht des diesbezüglichen Stimmungsbildes in der Bevölkerung in der Europäischen Union. Sie tun dies anhand empirischer Befunde zur Wahlpräferenz von rechts-außen Parteien und zu (anti-)demokratischen Einstellungen unter Rückgriff auf aktuelle Meinungsumfragen. Ergänzt wird der Beitrag durch kurze Länderprofile zur Situation in Deutschland (Beate Küpper), Ungarn, Polen und Rumänien, zusammengefasst von Autor:innen, die alle als Partner am oben genannten Projekt CHAMPIONS beteiligt waren.

Catherine Lourdes Dy verfügt als Migrationsforscherin und Koordinatorin des Projekts mit engen Bezügen in den EU-Kontext über vielfältige Erfahrungen. Zusammen mit Max Mühlhäuser und Andrea Tundis rückt sie die Perspektiven derjenigen in den Mittelpunkt, die als Angehörige von Minderheiten unmittelbar von Abwertung und Diskriminierung betroffen sind. Für die Leserschaft aus Deutschland ist hier die besonders schwierige und gefährdete Situation, in der sich etwa Rom:nja in Rumänien befinden, eindrucksvoll. Die beiden Koautor:innen arbeiten im Rahmen des Projekts an einer Online-Plattform zur Vernetzung von FLPs.

Partner:innen am oben genannten Projekt CHAMPIONS hat Luca Váradi zu einem Expertengespräch über die Situation der Präventionsarbeit in ihren Ländern eingeladen. Etliche von ihnen arbeiten in ihren Ländern in zivilgesellschaftlichen Institutionen, die aufgrund ihrer Arbeit für eine offene Gesellschaft unter Druck stehen, einige sind auch als Person betroffen. Die Interviews bieten einen vertieften Einblick in die Herausforderun-

gen, die mit dem Engagement für Demokratie und Menschenfeindlichkeit, in den jeweiligen Ländern verbunden sind, ebenso in Strategien des Umgangs damit.

Kata Bálint, Dominik Istrate und Bulcsú Hunyadi, Forscher:innen des bekannten ungarischen think tanks Political Capital, ergänzen dies mit dem Bericht über eine im Rahmen des Projekts CHAMPIONS durchgeführte qualitative und quantitative Studie in vier der beteiligten Länder. Darin wurden FLPs nach ihren Erfahrungen in der Praxis „on-the-ground“ und nach ihren Bedarfen für die Präventionsarbeit befragt.

Im *Forum* dieser Ausgabe gibt es diesmal Beiträge zum Thema Jugendsozialarbeit und zur politischen Bildung in Schule und in der Mobilen Beratung.

Tina Dürr und Sophie Schmitt fassen die zentralen Aussagen des Ende 2020 erschienenen 16. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung zusammen, der sich der Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter widmet. Sie arbeiten die Implikationen speziell für die politische Bildung an Schulen sowie im Tätigkeitsfeld der Beratung gegen Rechtsextremismus heraus.

Jan Hellinghausen, Ole Jantschek und Alexander Wohnig skizzieren anhand des Projekts „Respect Coach“ die mögliche Kooperation an der Schnittstelle von Schule, Jugendsozialarbeit und außerschulischer politischer Bildung. Sie betten dies in eine professionsbezogene Reflexion ein.

Unser großer Dank gilt Ariane Olek, die als Mitarbeiterin im Projekt CHAMPIONS die Arbeit im Projekt und dem Schwerpunkt dieses Heftes mit stets wachem Blick organisiert und die so wichtige redaktionelle Arbeit zur Vorbereitung der Manuskriptabgabe an den Verlag geleistet hat.

**Für die Redaktion
Beate Küpper und Luca Váradi**

Dieser Beitrag ist digital auffindbar unter

DOI <https://10.46499/1875.2002>

Die englischsprachigen Originaltexte des Schwerpunkts sind digital verfügbar unter **DOI** <https://10.46499/1875.2017>